

Jeden Tag nach Hause.  
Willkommen an Bord.



There's no better way to fly.  
**Lufthansa**

A STAR ALLIANCE MEMBER

# Argentinisches Tageblatt

Jeden Tag nach Hause.  
Willkommen an Bord.



There's no better way to fly.  
**Lufthansa**

A STAR ALLIANCE MEMBER

Sonnabend, 7. August 2004

115. Jahrgang Nr. 31.470

## Feuertaufe für den neuen Kurs

### Keine Konfrontationen zwischen Demonstranten und der Polizei

Buenos Aires (AT/AG) - Am Mittwoch hat die neue Regierungsstrategie die erste Bewährungsprobe bestanden. Nach den gewalttätigen Angriffen auf das Stadtparlament wechselte Staatspräsident Néstor Kirchner den Kurs. Wenn die Sicherheitskräfte sich bis dahin von den Demonstranten fernhalten sollten, um nicht als Provokation aufgefasst zu werden, ging man nun auf eine strengere Strategie über.

Ab jetzt soll die zahlenmäßig enorme Präsenz der Polizei, die keine Schusswaffen mit sich führen darf, für die Ordnung auf den Straßen sorgen. Bei Bedarf würden Wasserwerfer eingesetzt, teile in der vergangenen Woche der neue Sicherheitsminister Horacio

Rosatti mit. Nach diesen Richtlinien bereitete man sich auf die für den Mittwoch angekündigten massiven Demonstrationen vor.

Beginnen sollte der Mittwoch mit der Demonstration vor dem Gebäude des Obersten Gerichtshofes. Danach sollte es Richtung Stadtparlament gehen, in dem der umstrittene Stadtkodex diskutiert werden sollte. Dort erwartete man die schwierigsten Konfrontationen. Als letztes Ziel der Piqueteros-Züge wurde der Nationalkongress angegeben, wo in der Abgeordnetenkammer das Gesetz der Fiskaldisziplin verabschiedet werden sollte.

Um die Sicherheit auf den Straßen zu gewährleisten und die Wiederholung gewalttätiger Aus-

schreitungen abzuwenden, verteilte der neue Generalkommissar der Bundespolizei Néstor Vallecca 1600 unbewaffnete Polizisten vor dem Obersten Gerichtshof, der Legislative und dem Kongress. In mehreren Reihen umschlossen die Polizisten betreffende Gebäude, Wasserwerfer standen bereit, Schutzzäune wurden aufgestellt. Néstor Vallecca erklärte, für Provokationen seitens Demonstranten gut vorbereitet zu sein.

Etwas 10.000 bis 15.000 Piqueteros marschierten am Mittwoch durch die Stadt. Die Demonstrationen verliefen ohne Zwischenfälle. Aníbal Ibarra, Chef der Stadtregierung, fasste zusammen: „Die Krise hat geholfen, eine starke Position zu gewinnen“. Die

## Liebe Leserinnen und Leser,

aufgrund eines Problems unseres Servers war unsere Internetseite vom 3. bis 6. August 2004 vorübergehend nicht verfügbar. Wir entschuldigen uns bei unseren Leserinnen und Lesern im Netz.

### Verlag und Redaktion des Argentinischen Tageblatts

Piqueteros gaben einen anderen Grund für den friedlichen Verlauf der Demonstrationen an. „Es passierte nichts, weil keine Vertreter des Geheimdienstes anwesend waren“, erklärte Néstor Pitrola, Leader der Gruppierung „Polo Obrero“.

## Zankapfel Stadtkodex

### Störer sollen ins Gefängnis / Im Senat keine Einigkeit

Buenos Aires (AT/AG) - Nach den gewalttätigen Ausschreitungen gegen das Stadtparlament am 16. Juli wurden 16 Demonstranten wegen ihres aufhetzenden Verhaltens und des angerichteten Schadens, der nach vorläufigen Schätzungen ca. 200.000 Pesos beträgt, festgenommen. 15 von ihnen bleiben weiterhin in Untersuchungshaft, entschied Richterin Silvia Ramond. Sie werden zu den Straftaten der schweren Nötigung, der illegalen Freiheitsbeschränkung und des Schadens angeklagt, wofür eine Freiheitsstrafe von 5 bis 10 Jahren feststeht. Außerdem ordnete die Untersuchungsrichterin die Beschlagnahme von jeweils 10.000 Pesos als voraussetzliche Geldstrafe an.

Das Verfahren wurde an das Bundesgericht weitergeleitet. Es soll überprüft werden, ob darüber hinaus „die öffentliche Aufstachelung zur Gewalt gegen Institutionen“ als Straftat bestehe. Die Entscheidungen der Untersuchungsrichterin lösten unter den Verteidigern und Piqueteros Widerstand aus. Die Untersuchungsrichterin räumte ein, dass jeder Bürger das Recht habe, von staatlichen Autoritäten Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung und Nahrung zu verlangen. Jedoch müsse dies auf friedliche Art und Weise geschehen.

Jedoch wurden mit der Aufnahme von Strafverfahren und mit der organisierten Überwachung des Stadtparlamentes noch bei weitem nicht alle Steine aus dem Wege geräumt, um den umstrittenen Stadtkodex (Codigo de Convivencia Urbana) erfolgreich zu verabschieden. Selbst die Vorsichtsmaßnahme, die drei Streitpunkte zurückzustellen, welche die Ursache für massive Proteste im vergangenen Monat waren, und sich in erster Linie auf Grundsatzfragen zu konzentrieren, brachte keine positiven Ergebnisse. Die vom Stadtparlament auf den 4. August verschobene

Debatte, erlebte am Mittwoch eine weitere Niederlage, dieses Mal wegen interner Uneinigkeit.

Es sollte über das Festsetzen der Strafmündigkeit auf das 16. Lebensjahr, höhere Strafen bei Rückfälligkeit und das Berücksichtigen von „unbedeutenden“ Straftaten verhandelt werden. Am Vortag erzielten Vertreter aus verschiedenen Blocks, um die Diskussion am Mittwoch voranzutreiben, einen vorläufigen Konsens über die wichtigsten Streitpunkte. Doch während der Sitzung, die mit drei Stunden Verspätung begonnen hatte, konnten für keine der Alternativen bei der Frage des Strafmündigkeitsalters die nötigen 31 Stimmen gewonnen werden. Die Diskussion über den Stadtkodex musste somit auf den 19. August verschoben werden.



CD Rom / Touch-Screen  
Web / Video Digital  
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

# Luft ist Problem Nummer eins

## Umweltstudie über Buenos Aires veröffentlicht

Buenos Aires (AT/AG) - Die mit Abstand größten Umweltprobleme in der Stadt und den Vororten von Buenos Aires verursachen die PKWs, Lastwagen und Stadtbusse, weitere Problembereiche sind der Abfall und die Verschmutzung des Flusses Río de la Plata. Dies sind die Ergebnisse der Studie „GEO Buenos Aires“, die im Rahmen des Umweltprogramms der UNO von der Universität Salvador in Zusammenarbeit mit der Stadtregierung und der Weltbank erarbeitet und am Dienstag der Stadtregierung präsentiert wurde.

Etwa 90% der allgemeinen Stadtverschmutzung entstehen demnach durch die Abgase der Kraftfahrzeuge. In der Stadt sind knapp anderthalb Millionen Fahrzeuge angemeldet, wovon über eine Million private und 230.000 Öffentliche Verkehrsmittel sind. Hinzu gerechnet werden müssen weitere 1,4 Mio. Fahrzeuge, die täglich aus der Umgebung in die Hauptstadt kommen. Die Wirt-

schaftskrise in Argentinien führte zur technischen Vernachlässigung der benutzten Wagen und zu gesunkenen Verkaufszahlen neuer Autos.

Kraftfahrzeuge sind darüber hinaus eine Quelle für die Lärmbelastigung. Vor 30 Jahren lag der Lärmpegel in den Straßen von Buenos Aires zwischen 50 und 60 dB. Heute übersteigt er durchschnittlich 70 dB, was auf Dauer gesundheitliche Schäden verursacht. Für schwere Lärmbelastigung sorgt auch der mitten in der Stadt befindliche Flughafen.

Weitere 10% der Umweltprobleme fallen auf Abwasser und Müll. Am südlichen Küstenstreifen von Buenos Aires, in dem die Industrieanlagen konzentriert sind, wird das Abwasser ohne entsprechende Behandlung in den Río de la Plata geleitet. Außerdem kommt es wegen mangelnder Kläranlagen zum Ausspülen der Industrieabfälle durch das Regenwasser. Auch die Abwässer der ganzen Stadt werden durch Kanäle und unterir-

dische Flüsse unzureichend gereinigt dem Río de la Plata zugeführt.

Das dritte schwer wiegende Umweltproblem der Stadt ist nach der Studie die übermäßige Abfallerzeugung, die täglich 5000 Tonnen übertrifft. Es wird dringlich empfohlen, Mülltrennung und Wiederverwertung einzuleiten. Die Studie erwähnt außerdem das Vorhandensein offener Mülldeponien in den Armenvierteln. Die Stadtregierung hofft, die Abfallprobleme durch das neue System der Mülleinsammlung zu lösen, das Ende dieses Jahres eingeführt werden soll.

Die Umweltstudie, für die offizielle und eigens dafür gesammelte Daten ausgewertet wurden, schließt mit den Empfehlungen: Eine globale Stadtpolitik, in der auf die Luftqualität und die Lärmbelastigung achtgegeben werden sollte, und eine umweltbewusste Erziehung.

Pablo Mesa, der Zuständige für Umweltprogramme beim Stadtamt für Produktion, Tourismus und nachhaltige Entwicklung, erklärte, dass ein Gesetz der Luftqualität, das die Lärmbelastigung sanktionieren sollte, bereits Angriff genommen worden ist.

## WOCHENÜBERSICHT

### Erster Konflikt

Nach der Verkündung der neuen Sicherheitspolitik kam es am Donnerstag in der Provinz Buenos Aires zum ersten gewalttätigen Zusammenstoß zwischen den Piqueteros und den Polizeitruppen. In der Stadt La Plata verlangten demonstrierende Mitglieder der Arbeitslosenorganisation (CTD) „Anibal Verón“ von der Leitung des Supermarkts „Carrefour“ aus dem Anlass des Kindertages Spielzeug für die Schulen. Als ein erschienener Polizeiwagen angeblich einen Demonstranten angefahren hatte, begannen die Piqueteros Steine zu werfen. Die mit Gummiknüppeln und Tränengas bewaffnete Polizei verneint, Auslöser des Konflikts gewesen zu sein. Es kam zu Konfrontationen, bei denen neun Polizisten und sechs Demonstranten verletzt wurden.

### Argibay

Die dritte von Präsident Kirchner vorgeschlagene Richterin des Obersten Gerichtshofes, Carmen Argibay, wird ihr neues Amt frühestens im Dezember dieses Jahres antreten können. Dies teilte sie am Mittwoch im Telefongespräch mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Enrique Petracchi, mit. Bis dahin muss die Strafrichterin ihren Pflichten im Internationalen Strafgericht für Verbrechen in Ex-Jugoslawien nachgehen.

### Erster Sieg

Der vereinigte Gewerkschaftsbund CGT feiert seinen ersten Sieg. Die Regierung hat versprochen, Zuschüsse für die medizinische Versorgung der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder zu zah-

len. Nach dem Treffen der Gewerkschaftsspitze und anderer Gewerkschaftsfunktionäre mit dem Gesundheitsminister, Ginés González García, und mit der Zusicherung von Präsident Kirchner bleibt es jetzt die bloße Rechenarbeit zu erledigen.

### Ärzteprotest

Die Ärzte der Provinz Buenos Aires haben am Dienstag bekanntgegeben, dass sie aus Gewissensgründen ablehnen werden, Entführer und andere Straftäter zu behandeln. Damit solidarisieren sie sich mit dem Arzt aus San Isidro Carlos Garnil, dessen Sohn am 25. Juli entführt wurde. Enrique Oteiza, Vorsitzender des Nationalen Instituts gegen Diskrimination, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, wirft den Ärzten die Verletzung ethischer Prinzipien und des hippokratischen Eides vor. Der Präsident des Ärztekollegiums der Provinz Buenos Aires, Mauricio Esquinazi, weist den Diskriminierungsvorwurf zurück. In Notfällen werde die Behandlung nicht verweigert, außerdem können die Patienten einen anderen Arzt aufsuchen. Die Weigerung habe ihren Grund darin, dass immer mehr Ärzte zu Opfern der Gewalt werden.

### Malvinen

Auf Anraten des Außenministers Rafael Bielsa und des zuständigen Direktors für Malvineninseln und Südatlantik, Santos Goñi, wurde die für den Freitag vorgesehene Reise in die Inseln abgesagt. Familienangehörige der im Malvinen-Krieg gefallenen Soldaten wollten sich über das Kriegs-

## Deutsche Parlamentarier in Buenos Aires

Buenos Aires (AT) - Ein weiterer Besuch deutscher Politiker wird in der nächsten Woche in Buenos Aires erwartet. Die Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe werde sich vom 10. bis 14. August in Argentinien aufhalten, teilte die Deutsche Botschaft in Buenos Aires am Donnerstag mit. Der Besuch der sechs Mitglieder des Deutschen Bundestages setzt die dichte Folge von Informationsbesuchen auf hoher politischer Ebene fort, mit der Deutschland sein Interesse an der Entwicklung Argentiniens und der Regierung Kirchners manifestiert.

Die Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe setzt sich aus ihrem Vorsitzenden, dem CDU-Politiker Wolfgang Börnsen, sowie fünf weiteren Parlamentariern der Regierung und Opposition zusammen. Während ihres Aufenthaltes in Buenos Aires, dem sich die Reise nach Chile anschließen wird, wollen deutsche Politiker sich mit hochrangigen Persönlichkeiten der argentinischen Politik und Wirtschaft treffen sowie deutsche Firmen und Institutionen besuchen.

Geplant sind u.a. Treffen mit dem argentinischen Vizepräsidenten Daniel Scioli und dem Staatssekretär für Energie, Herrn Daniel Cameron. Außerdem beabsichtigt die deutsche Parlamentariergruppe, sich mit ihren argentinischen Kollegen, der Deutsch-Argentinischen Freundschaftsgruppe des argentinischen Kongresses, sowie mit dem Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses der Parlaments, Herrn Jorge Argüello, treffen.

Das hauptsächlichste Ziel der Besuchsreise sind Fragen der Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik. Als höchstaktuell wurde das Thema erneuerbarer Energien anvisiert. Darüber wollen sich die Delegationsmitglieder Angelika Burkhorst (FDP), und Rainer Steenblock (Bündnis 90/Grüne), Experte auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der erneuerbaren Energien, mit ihren argentinischen Partnern unterhalten. Weitere wichtige Themen sind menschenrechtliche Fragen und die Bekämpfung der Korruption.

Darüber hinaus wird die Delegation dem VW-Werk, der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Goethe-Schule einen Besuch abstatten.

Mahmal informieren und Vorbereitungsarbeiten zu seiner Errichtung einleiten. Der Botschafter des Vereinigten Königreiches in Argentinien, Robin Christopher, und die Regierung der Inseln bedauerten die Entscheidung.

### Telemedizin

Am Montag begann in der

Hauptstadt der Provinz Mendoza das Erste Internationale Symposium der Telemedizin. Im letzten Jahrzehnt entstanden, bemüht sich die Telemedizin, einen erfolgreichen Dialog zwischen Patient und Arzt per Distanz herzustellen, um diagnostische Verfahren wie Endoskopie, Elektrokardiographie, Röntgen oder Ultraschall ohne In-

ternierung anzuwenden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit zwischen den nichtspezialisierten Krankenhäusern und den Telemedizinzentren, von denen aus Herz-, Augen- oder Hautoperationen angeleitet werden.

### Am gewichtigsten

Das schwerste Geschenk des

Jahres 2003 hat US-Präsident George W. Bush von seinem argentinischen Amtskollegen Néstor Kirchner erhalten. Während einer Besuchsreise in die USA im Juli vergangenen Jahres überreichte Präsident Kirchner George W. Bush 150 kg patagonisches Lammfleisch im Wert von 1500 Dollar.

## Piqueteros gegen CGT

Die erneuerte Gewerkschaftsspitze mit dem Dreigespann des Lastwagengewerkschafters Hugo Moyano, des Sanitätsbeamten José Lingieri und der ersten Gewerkschaftsfrau Susana Rueda aus Santa Fe, musste es sich dieser Tage gefallen lassen, selber Gegenstand einer Kundgebung der gewalttätigen Aktivisten, genannt Piqueteros, unter der Führung von Raúl Castells zu werden. Normalerweise pflegen Gewerkschafter solche Kundgebungen zu veranstalten, die meistens gegen die Regierung und gegebenenfalls die Unternehmer der betroffenen Branche auftreten.

Castells meldete echte gewerkschaftliche Postulate an, anstatt nur neue und höhere Sozialsubventionen der Regierung zu fordern, wie es die verschiedenen Gruppen der Piqueteros anfangs vortrugen. Der Mindestlohn für Staatsbeamten und private Angestellte und Arbeiter soll auf 800 Pesos im Monat angehoben, ferner soll die Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden täglich gesenkt und schliesslich soll die Schwarzarbeit bekämpft werden. Die drei Postulate sind deutlich gewerkschaftlicher Provenienz: höhere Löhne, geringere Arbeitsstunden und Kampf gegen die Schwarzarbeit gehören zum Rüstzeug argentinischer Gewerkschafter, gepaart mit der landesüblichen Heuchelei, dass die Schwarzarbeit zu bekämpfen ist, während sie in der Tat auch von Gewerkschaftern geduldet wird.

Mit diesem Vormarsch Castells gegen die CGT werden die offiziellen Gewerkschafter, die ihre Machtbasis kraft Gesetzen und Verordnungen des Arbeitsministeriums besitzen, geradezu herausgefordert. Die Piqueteros beherrschen offensichtlich die Strassen, verhindern oder stören den Verkehr, verärgern die Einwohner schlechthin und stören die öffentliche Ordnung, wobei vielfach Delikte verübt werden.

### Randglossen

**Gleich drei Kundgebungen bedrängten vergangenen Mittwoch das Stadtzentrum von Buenos Aires, als rund 10.000 Aktivisten, genannt Piqueteros, Studenten, Sparer, Gewerkschafter und sonstige Randalierer Aufmärsche am Regierungsplatz, vor dem Kongress und der Stadtleislative, vor dem Justizpalast und dem Justizministerium sowie vor der Vertretung der Provinz Santa Cruz und der Erdölgesellschaft Repsol-YPF, teilweise verummmt und mit Stöcken aus Holz und Eisen sowie mit Baumästen bewaffnet, protestierten und den Verkehr weitgehend lahmlegten. Diese Machtprotzerei sollte offenbar die Regierung, das nationale und Stadtparlament sowie die Justiz einschüchtern, damit Gesetzesvorlagen nicht verabschiedet und Studenten nicht prozessiert werden. Nach mehrstündigen Aufmärschen passierte überhaupt nichts, abgesehen vom Ärger der Passanten und Autofahrer. Eins zu Null für die Regierung.**

Der Erfolg gelang, weil 1.500 unbe-waffnete Polizisten die gefährdeten Amtssitze schützten und mehrere Wasserwerfer sowie Kleintanks aufmarschierten, die allein durch ihre Präsenz gewalttätige Ausfälle verhüteten. Die Aktivisten arbeiten professionell und wissen ganz genau, dass Wasserwerfer und Tränengas genügen, um Gewalt an Personen sowie Sachschaden zu verhindern. Die Regierung hat das indessen erst jetzt gelernt, was Polizisten weltweit längst mit Erfolg üben, ohne Randalierer zu erschliessen. Dass Präsident Kirchner den neuen Polizeichef Kommissar Néstor Vallecca bestätigte, der von seinen linkslastigen Freunden beanstandet worden war, weil er früher solche gewalttätige Aufmärsche gezügelt hatte, zeugt von einer anderen Lesart, wie für Ruhe und Ordnung zu sorgen ist. Der neue Justizminister Horacio Rosatti und sein Sicherheitssekretär Alberto Iribarne überstanden das erste Krisenszenario ihrer Amtsführung mit Erfolg. Weitere werden folgen.

Früher beherrschten die Gewerkschafter die Strassen und organisierten Kundgebungen. Ihre Postulate zielten durchweg auf höhere Entlohnungen, geringere Arbeitszeiten und eigene Privilegien ab. Inzwischen haben ihnen die Piqueteros den Rang mit den massiven Strassenprotesten und neuerdings den echten gewerkschaftlichen Forderungen abgelassen.

Hugo Moyano befindet sich dabei in einer Zwickmühle. Vormalig, als auch er heftig protestierte und Kundgebungen veranstaltete, unterstützte er Raúl Castells und besuchte ihn demonstrativ im Gefängnis. Jetzt wird er vom gleichen Castells bedrängt, der inzwischen seine Taktiken ausgebaut hat und sich als besonders medienträchtig entpuppt.

Für die Spitzengewerkschafter sind Lohnforderungen schlechthin ihr Lebenszweck. Indessen müssen sie jetzt vorsichtig operieren. Im Umfeld hoher, obwohl sinkender Arbeitslosigkeit dürften sie auf die Meinung der Arbeitnehmer hören, die stets fürchten, als Folge überhöhter Lohnkosten kraft übertriebener Lohnzulagen ihre Arbeitsplätze zu verlieren, wenn die betroffenen Unternehmen Personal abbauen oder gar schliessen, weil sie auskonkurriert werden.

Ein landesweiter Mindestlohn von 800 Pesos hört sich für gewerkschaftliche Ohren besonders attraktiv an. Geschulte Gewerkschafter wissen indessen, dass ein solcher Mindestlohn sowohl die Staatsfinanzen der Nation, der Gliedstaaten und der Gemeinden als auch der meisten privaten Unternehmen gefährden würde. Ausserdem würde die Schwarzarbeit in zahllosen kleinen und mittleren Unternehmen mit niedrigeren Löhnen gefördert werden. Eine Sache sind Durchschnittslöhne von 800 Pesos, wie sie weitgehend gelten, und eine andere ist ein allgemeiner Mindestlohn, der den Durchschnitt fühlbar anhebt.

Eine Senkung der Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden würde verheerende Wirkungen im privaten Bereich, der nicht schwarz arbeitet, nach sich ziehen, nicht so im öffentlichen Sektor, wo vielfach längst dieser Stundenplan herrscht. In Europa, wo die Senkung der Arbeitszeit zahllose Firmen auskonkurriert, wird bereits davon abgegangen, so dass in einigen Unternehmen wieder länger gearbeitet wird, ohne dass die Löhne nominal zunehmen.

Allein die Szene einer CGT unter geeintem Dreigestirn und protestierenden Piqueteros vor ihrem Sitz, damit die Gewerkschafter im Schlepptau der Piqueteros gemeinsam gegen die Regierung und die Arbeitgeber vorgehen, zeugt von einem deutlichen Rollenwechsel. Offizielle Gewerkschafter verhalten sich bürokratisch, verteidigen ihre Kassen und Privilegien und überlassen randalierenden Piqueteros die Strasse, wie es das Fernsehen der überraschten Öffentlichkeit vorführt. Eigenartige Verhältnisse.

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Mikrokosmos San Fernando

San Fernando ist fast fünfmal so gross wie die Bundeshauptstadt; allerdings bedeckt das „Festland“ nur 23 Quadratkilometer, die restlichen 900 Quadratkilometer gehören der ausgedehnten Inselwelt des Deltas, das durch den Paraná de las Palmas, den Paraná Miní und den Paraná Guazú eingerahmt wird.

Zwangsläufig spiegelt sich hier auch ein Teil der argentinischen Ge-

schichte wider. Angefangen beim Canal San Fernando, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Gefangenen der englischen Invasionen ausgehoben wurde. Sodann die Quinta El Ombú mit dem riesigen, baumartigen Strauchgebilde, das Ombú (Phytolacca dioica) genannt wird, im Park, unter dessen Schatten Virrey Marqués de Sobremonte die Ausschachtungsarbeiten des Kanals ver-

folgt haben soll (das Herrenhaus selbst stammt aus dem Jahr 1860), bis hin zum mondänen Palacio Sans Souci, einst von der Politiker-Familie Alvear benutzt. Früher war San Fernando übrigens zusammen mit San Isidro ein bevorzugter Sommerfrischeort der Hauptstadt-bewohner.

Empfehlenswert ist es, an einer der zahlreichen Stadtführungen teilzunehmen, die an Wochenenden von der Dirección de Turismo Municipal (Tel.: 4746-2016) durchgeführt werden: Casco Histórico San Fernando, Una Victoria Diferente und Casco Histórico Victoria. Darüber hinaus gibt es auch Rundfahrten durch das Inselgewirr (Eco Travesías Isleñas, Tel.: 15-4993-9835 sowie Paraná Ecoturismo, Tel.: 4797-1143).

Die Festlichkeiten anlässlich des Día del Isleño finden am 31. Oktober in der Schule Nummer 26 am Río Carabelas statt; im September läuft das Encuentro Nacional de Artesanos in San Fernando.

Heute besitzt der einst San Fernando de la Buena Vista genannte Nordvorort auch eine zwar kurze, aber sehr schöne Küstenpromenade (Costanera), eingerahmt von den letzthin aus dem Boden geschossenen Boatings. Nicht umsonst nennt sich San Fernando stolz Capital de la Náutica. Alles ist schnell und leicht auch mit dem Tren de la Costa mit insgesamt vier Haltestellen zu erreichen: Punta Chica, Marina Nueva, San Fernando und Canal San Fernando.

Besonders interessant ist der Puerto de Frutos am Canal San Fern-



Teilansicht des Marktes am Canal San Fernando.

ando, teils schon im Stadtbezirk Tigre gelegen, wo nicht nur die Obstzüchter und Gärtner von den Inseln ihre frisch gepflückten und geernteten Produkte ebenso wie Flechtwaren (Besen, Korbstühle usw.) feilbieten, sondern wo auch seit einigen Jahren ein bunter, gut besuchter Trouvaillien- und Antiquitätenmarkt abgehalten wird.

Nicht zu vergessen das rege Centro Comercial Avenida Avellaneda mit Outlets vieler Marken und Produkte, zwischen der Station Virreyes des F.C. Mitre bis fast hin zur Panamericana.

Auskunft bei der Stadtverwaltung unter Tel.: 4746-2016 und auf der Website [www.sanfernando.gov.ar](http://www.sanfernando.gov.ar).

Marlú

## Rosario dominiert

Buenos Aires (AT/JR) - Rosario bleibt im Herren-Faustball in Argentinien die dominierende Mannschaft. Das Team schlug im Finale des Turniers in Villa General Belgrano Punta Chica mit 2:1 Sätzen. Zuvor hatte sich Rosarinos, die im wesentlichen auch die Nationalmannschaft stellen, im Halbfinale glatt gegen Villa Ballester durchgesetzt, Punta Chica besiegte Guatambu (Misiones) in zwei spannenden Sätzen. Klar in Führung liegen die Santafesinos auch in der argentinischen Meisterschaft, nachdem sie bereits das eigene Turnier gewonnen hatten.

Bei den Damen verlief das Finale ähnlich knapp. Villa Ballester erzwang durch ein 14:12 im zweiten Durchgang einen Entscheidungssatz gegen ADAG Villa General Belgrano. Dort setzten sich die Gastgeberinnen dann deutlich durch und behielten die Trophäe im eigenen Clubheim.

Erfreulich präsentierte sich der Nachwuchsbereich in Córdoba: In den drei Jugendkategorien traten elf Mannschaften aus Buenos Aires, Córdoba und Misiones an. Bei den Minis unter 10 Jahren und den Schülerinnen bis 16 Jahren gewann Guatambu, bei den Schülern (bis 13 Jahre) die Gastgeber von ADAG. Den Titel der Herren über 35 holte sich Villa Ballester, das am 14. und 15. August das nächste Turnier ausrichten wird. Neben den argentinischen Teams haben bereits Mannschaften aus Chile ihre Teilnahme zugesagt.

## Fußball - Die Roten trauern

Nach dem Schock zog Resignation und Trauer ein: Independiente trauert um José Omar Pastoriza. Der Trainer verstarb am Sonntag im Alter von 61 Jahren an einem Herzschlag. Schon als Spieler trug er 184 Mal das rote Trikot, errang drei Meisterschaften sowie eine Copa Libertadores. Später als Trainer übernahm er insgesamt fünfmal das Ruder auf der Bank bei dem Club, erstmals in der Saison 1976. Acht Jahre später feierte er mit den Roten erneut den Gewinn der Copa und des Weltpokals. Auf und neben dem Platz machte sich Pastoriza einen Namen als fairer Sportsmann. Zuletzt sollte er Independiente auf die Apertura vorbereiten.

## Tennis - Coria sagt Athen ab

Guillermo Coria hat seine Teilnahme am olympischen Turnier in Athen abgesagt. Der 22 Jahre alte Weltranglisten-Dritte laboriert an einer Schulterverletzung, die ihn noch für mehrere Wochen außer Gefecht setzt. Der French-Open-Finalist dieses Jahres wird in Athen durch Mariano Zabaleta ersetzt. (dpa/AT/JR)

# „Ich will das Leben“

## Kammeroper „Jakob Lenz“ von Wolfgang Rihm im CETC

Mit Unterstützung des Goethe-Instituts stellen das Musiktheater Transparent und das Centro de Experimentación del Teatro Colón (CETC) in Zusammenarbeit mit dem Opernhaus „La Monnaie“ aus Brüssel und dem Internationalen Kunstzentrum „De Singel“ aus Antwerpen die Kammeroper „Jakob Lenz“ von Wolfgang Rihm in Buenos Aires vor. Unter der musikalischen Leitung von Alejo Pérez, der sich als Stipendiat des DAAD, der Wagner-Stiftung und der Bach-Akademie Stuttgart bereits mehrmals in Deutschland aufhielt, und mit Caroline Petrick als Regisseurin, die dieses Jahr außerdem die „Weiße Rose“ von Udo Zimmermann inszenierte, wurde mit internationaler Besetzung und einem exzellenten schauspielerischen Ergebnis ein Meisterwerk des zeitgenössischen Komponisten aufgeführt.

Der die Verbindung verschiedener musikalischer Genres aus allen Epochen anstrebende Wolfgang Rihm ist Schüler von Karlheinz Stockhausen und Klaus Huber. Als einer der bedeutendsten Vertreter der sogenannten „Neuen Einfachheit“ verfasste der 1952 in Karlsruhe geborene Komponist die Opern „Hamletmaschine“ nach dem Text von Heiner Müller und „Die Eroberung von Mexiko“ und „Séraphin“ nach Antonin Artaud. In seinen Werken kombiniert Rihm postserielle Techniken und spätromantische Elemente und versucht so zu neuen klanglichen und formalen Ergebnissen zu kommen.

Das Libretto von Michael Fröhling stützt sich auf den Prosatext von Georg Büchners „Lenz“, in dem die Tragödie des jungen Dichters - seine unglückliche Liebe und der Wahnsinn - literarisch bearbeitet werden. Die Regiefassung von Caroline Petrick machte aus der Oper von Rihm ein Stationsdrama, in dem der schmerzzerfüllte Lebensabschnitt des Harmo-

nie erstrebenden und verzweifelt leidenden Jakob Lenz bis zu seinem Verrat durch den Judas-Kuss mit berührender Eindringlichkeit dargestellt wird.

Von Rastlosigkeit getrieben kommt der innerlich zerrissene und „Komm, süßer Tod“ flüsternde Lenz, von Bariton Hagen Matzeit mit tiefster Einfühlung gespielt, in ein friedliches idyllisches Tal. Hier wird er vom gutherzigen Pfarrer Oberlin (Marek Marian Gastecki) aufgenommen. Sein vorhergehendes Leben bleibt im Dunklen, er will alles Gewesene vergessen. Anfänglich kann Lenz kein Alleinsein aushalten, doch nach und nach kommt er dank freundlicher Begleitung und Pflege des Pfarrers zur Ruhe. Eine Predigt, die ihm vom Pfarrer erlaubt wird zu halten, wird zur Apotheose: In der Gemeinde mit anderen leidenden Menschen verbunden und durch das Leiden gereinigt, findet er scheinbar die gewünschte Versöhnung mit der Welt.

Doch die Vergangenheit holt ihn wieder ein, als Kaufmann (Lorenzo Caróla) zu Besuch kommt und ihm zuredet, nach Hause zu seinem Vater zurückzukehren. Lenz bittet, in Ruhe gelassen zu werden, doch Kaufmann glaubt, er habe jeglichen Bezug zur Welt verloren. „Ich will das Leben“, ist Lenz' Antwort darauf. Sein Scheitern ist vorprogrammiert, da seine Sensibilität und moralischen Gefühle ihn nicht lange in der paradiesischen Idylle leben lassen. Selbst Oberlin verlässt ihn mit einem Kuss und geht mit Kaufmann auf Reisen. Von allen unverstanden, bleibt Lenz mit seinen Wünschen allein. „Konsequent“, ist das von ihm gestammelte Schlusswort der Oper.

(Letzte Vorstellung heute, 7.8., um 20.30 Uhr im CETC, Pasaje Toscanini 1168.)

# ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3, .** Die Terminkurse betrugen zum 31.8. \$ 3,060, 30.9. \$ 3,070, 30.10. \$ 3,100, 30.11. \$ 3,150, 31.12. \$ 3,170 und 31.1. \$ 3,190.

\*\*\*

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,0% auf 973,77,** der Burcapindex um 4,8% auf 2.451,20 und **der Börsenindex um 3,2% auf 44.178,35.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liners) fiel in der Berichtswoche um 3,6% auf \$ 1,8611.**

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 2.8.04 US\$ 18,12 Mrd., der Banknotenummilauf \$ 32,29.** Eine Woche zuvor waren es US\$ 18,08 Mrd. bzw. \$ 31,45 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 17,51 Mrd. bzw. \$ 31,85 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 13,50 Mrd. bzw. \$ 24,24 Mrd.

\*\*\*

**Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, betrug am 3.8.04 114,7%.**

\*\*\*

**Die Nordost-Erdgasleitung, die vorrangig Techintwerke, und auf ihrem Weg auch andere argentinische Verbraucher, mit Gas aus Bolivien versorgen wird, ist das derzeit grösste Vorhaben des Landes.** Die US\$ 1 Mrd. teure Legung sollte ursprünglich ohne Ausschreibung von Techint durchgeführt werden, was Kommentare über die Rechtmässigkeit eines zum Teil vom Staat finanzierten Vorhabens für ein Privatunternehmen auslöste. Die Regierung entschloss sich jetzt für eine Ausschreibung, und Techint stimmte zu. Der ursprüngliche Techintplan hatte eine beinahe gradlinige Trasse durch Salta, San-tiago del Estero und Süd-Santa Fe, bis Santa Fe Stadt vorgesehen, wo die Leitung in das Verbundnetz münden sollte. Nun soll sie den Weg über Formosa, Chaco und Nord-Santa Fe machen, womit auch die Provinzen Corrientes und Misiones durch Abzweigungen versorgt werden können. Dafür wurden Techint weitere US\$ 150 Mio. zugestanden, desgleichen Steuervergünstigungen, die vom Kongress noch nicht gebilligt sind.

\*\*\*

**Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat in Fabriken und Geschäften für offen verkaufte Reinigungsmittel in Gross Buenos Aires Steuerhinterziehungen entdeckt.** Hausdurchsuchungen des AFIP hätten ergeben, dass 50% des Personals schwarz arbeitet, was auch Hinterzie-

hungen von Sozialbeiträgen bedeute. Mit Reinigungs-, Wasch-, Bohner- und ähnlichen Mitteln werden rd. \$ 4 Mrd. im Jahr umgesetzt, mit den offen verkauften, landesweit weitere \$ 800 Mio., wobei Umstanz-, Einkommen- und MwSt. hinterzogen werden.

\*\*\*

**Die Papel Misionero Papierfabrik gab für die nächsten 4 Jahre Investitionen von US\$ 190 Mio. in ihrem Werk in Puerto Mineral, am Paraná, 120 km nördlich von Posadas, bekannt.** Das Unternehmen gehört dem BISA Investmentfonds der Bemberggruppe und dem Papierunternehmen Zucamor. US\$ 28 Mio. seien für einen neuen Dampfkessel und einen Stromgenerator bestimmt, der die Firma vom provinzeigenen Electricidad Misiones E-Werk unabhängig machen soll. US\$ 14 Mio. seien für die Kapazitätserweiterung der Fabrik um 32.000 Jato vorgesehen. Derzeit werden 90.000 Jato Packpapier und Karton, vorwiegend durch Verarbeitung von Fichtenholz hergestellt, von denen 85% im Inland verkauft werden. Der Bau der neuen, zusätzlichen Fabrik für rd. US\$ 130 Mio. soll 07 beginnen.

\*\*\*

**Vom 1. Halbjahr 03 bis zum 1. Halbjahr 04 hat die Zahl der in Rentenkassen Eingetragenen im Monatsdurchschnitt um 11,9% zugenommen, das seien 465.000 in einem Jahr.** Wie das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) bekanntgab, leisten derzeit 4,37 Mio. Beiträge zu privaten oder amtlichen Rentenkassen. Die Zahl schliesst selbstständig Erwerbstätige ein, nicht jedoch rd. 430.000 Einheitssteuerzahlen und 215.000 Unentschlossene. Letztere sind Berufsanfänger, die sich noch für keine Kasse entschlossen haben. Nach Schätzungen des Statistikamtes Indec gibt es im Land rd. 14 Mio. Beschäftigte. Davon tragen nur 35% zu einem landesweiten Rentensystem bei. Es gibt noch Provinzsysteme, die nicht in die Nationalkasse eingegliedert sind, und Sonderkassen freier Berufe, deren Mitgliederzahlen das Amt nicht kennt. In staatliche Rentenkassen zahlen monatlich rd. 620.000 Mitglieder ein, in private rd. 3,75 Mio.

\*\*\*

**Die Ausfuhren von frischem Hammelfleisch haben im 1. Halbjahr 04 im Vorjahresvergleich um 78% auf US\$ 12,4 Mio. zugenommen, wie das Senasa bekanntgab.** Hauptabnehmer war Spanien mit 2.446 t für US\$ 6,4 Mio.

\*\*\*

**Um den Absatz von elektrischen Haushaltgeräten und Computern zu fördern,** bieten Garbarino, Compu-mundo und die Rio Bank Finanzierungspläne zum Barpreis in 24 gleichen, festen Raten, in Pesos und ohne Zinsen, an.

\*\*\*

**Das Pflanzenöl-Unternehmen Vicentín hat den Friar Schlachthof, einen der grössten Fleischexporteur-**

# Gesetz über Fiskalverantwortung verabschiedet

In der Nacht zum Freitag hat die Deputiertenkammer das Gesetz verabschiedet, das eine Rahmenordnung für die Finanzen des Nationalstaates und der Provinzen schafft, die eine Ausuferung der Ausgaben und des Defizites verhindern soll. Die Ausgaben dürfen in Prozenten nicht über die Zunahme des nominellen Bruttotinlandsproduktes steigen, müssen durch laufende Einnahmen finanziert werden, ausgenommen Investitionen, einschliesslich derjenigen, die für soziale Infrastruktur bestimmt sind, die durch internationale Finanzkörperschaften (Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank und eventuell andere) finanziert werden. Dies sollte so funktionieren, dass diese Investitionen auf einem Sonderkonto gebucht werden, das dann die Amortisation und die Zinsen dieser Kredite vom Nationalstaat oder den provinziellen Staaten als Gutschrift erhält.

Das Gesetz sieht eine Höchstgrenze für die Verschuldung der Provinzen vor, indem es bestimmt, dass der Schuldendienst (Amortisationen und Zinsen) 15% der laufenden Einnahmen nicht übersteigen darf. Das gilt jedoch nicht für den Nationalstaat. Wird diese Regel nicht erfüllt, wird keine neue Verschuldung zugelassen, und die Provinz muss einen kompensatorischen primären Überschuss erwirtschaften.

Das Gesetz muss von den Provinzparlamenten angenommen werden, um für die Provinzen bindend zu sein. Das wird einige Zeit erfordern. Die Provinzen, die es schliesslich nicht bestätigen, verlieren wichtige Vorteile. Faktisch dürften sie von der Nationalregierung unter starken finanziellen Druck gesetzt werden.

Das Studienzentrum der Provinz Buenos Aires (Centro de Estudios Bonaerenses, CEB) weist darauf hin, dass folgende Provinzen die Bestimmung über Ausgaben nicht erfüllen: Formosa, Chaco, Rio Negro, Misiones, La Pampa, Mendoza, Salta, Feuerland, Santa Fe, Chubut, Neuquén, Corrientes und Santa Cruz, Was die Verschuldung betrifft, erfüllen folgende Provinzen die Regel nicht: Formosa, Chaco, Misiones, Jujuy, Buenos Aires und der Nationalstaat.

Der Wirtschaftler Gerardo Uña, von der Konrad-Adenauer Stiftung, erklärte, dass die Erfüllung des neuen Gesetzes voraussetzt, dass die Provinzen ein ordnungsgemässes Budget vorlegen, was nur bei 17 der Fall sei. In der Tat legen viele Provinzen, darunter an erster Stelle Santa Cruz, keine Zahlen über die effektive Erfüllung des Haushaltsgesetzes vor.

Die Regierung hat kurz vor der parlamentarischen Verabschiedung des Gesetzes den Provinzen Catamarca, Jujuy, Tucumán, Formosa und Buenos Aires Schulden in Höhe von \$ 108 Mio. erlassen. Diese Schulden bezogen sich auf Vorschüsse der Beteiligung der Provinzen an den Nationalsteuern, die im Februar 2002 gewährt wurden. Schatzsekretär Carlos Mosse erklärte, es handle sich um die Erfüllung des Abkommens über geordnete Finanzierung (PFO) vom November 2003, durch das die ZB den Provinzen finanzielle Mittel übergab, um die monetären Bonds zu tilgen. Damals sei die Tilgung der alten Schulden versprochen worden. Mosse fügte hinzu, dass noch Abkommen mit anderen Provinzen abgeschlossen werden, womit der Betrag des finanziellen Geschenkes an die Provinzen auf \$ 262,9 Mio. steigt. Obwohl Mosse jegliche Beziehung zur Verabschiedung des Gesetzes über Fiskalverantwortung dementierte, ist es klar, dass dies die Bedingung für die Zustimmung der Deputierten aus den begünstigten Provinzen war.

## Schulden der Provinzen (in Mrd. Pesos)

Buenos Aires .....	\$ 27,13
Córdoba .....	\$ 6,07
Chaco .....	\$ 3,51
Mendoza .....	\$ 2,86
Tucumán .....	\$ 2,76
Formosa .....	\$ 2,76
Rio Negro .....	\$ 2,44
Entre Rios .....	\$ 2,41
Misiones .....	\$ 2,38
Buenos Aires Stadt .....	\$ 2,16
Jujuy .....	\$ 2,10
Santa Fe .....	\$ 2,07
Corrientes .....	\$ 1,95
San Juan .....	\$ 1,77
Neuquén .....	\$ 1,58
Salta .....	\$ 1,45
Catamarca .....	\$ 1,21
Chubut .....	\$ 0,91
La Rioja .....	\$ 0,88
Santiago del Estero .....	\$ 0,65
Feuerland .....	\$ 0,64
Santa Cruz .....	\$ 0,32
La Pampa .....	\$ 0,32
San Luis .....	\$ 0,14

Quelle: Wirtschaftsministerium

**KAUFE VERSCH. COMPRAS VARIAS**

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287

## Gesetzesvorlage zur Erweiterung des Verbraucherschutzes

Die Regierung sucht bedeutende Änderungen in der Verbraucherschutzgesetzgebung, mit grösseren Strafzahlungen für Dienstleister und Lieferanten, die gegen Vorschriften verstossen. Es soll die strafbare Schädigung eingeführt werden, desgleichen die Gebührenfreiheit der Klagen.

Die Gesetzesvorlage wurde vom Unterstaatssekretariat für Konkurrenz- und Verbraucherschutz ausgearbeitet und befindet sich derzeit im Wirtschaftsministerium. Das Gesetz Nr. 24.240 über Rechte des Endverbrauchers soll zur Grundlage für alle Reglementierungen der verschiedenen Bereiche, wie Stromlieferungen, Telefonie oder Lufttransport werden. Damit würde der Begriff des Verbrauchers erweitert werden und das Gesetz würde auch Dienstleistungen wie Glücksspiele, Bankeinlagen und die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel einschliessen.

Das Gesetz soll nicht nur weitumfassender werden, sondern auch die Strafen für Unternehmen und Lieferanten erhöhen, die gegen Anordnungen verstossen, wenn viele Menschen betroffen werden. Die Höchststrafe soll von derzeit \$ 500.000 auf \$ 5 Mio. erhöht, die Mindeststrafe von \$ 500 auf \$ 100 verringert werden.

Die Gebührenfreiheit der Entschädigungsklagen soll über Verbraucherschutzverbände garantiert werden, was ausser dem strafbaren Schaden bei Unternehmen, die dadurch eine Prozessindustrie fürchten, bereits wachsende Unruhe hervorgebracht hat.

Derzeit sind 90% aller Übertretungen auf diesem Gebiet Nichterfüllung der Informationspflicht und unvollkommene Dienstleistungen. Die meisten Anzeigen in Gesundheitsfragen beziehen sich auf die Nichterfüllung des Medizin-Pflichtprogramms PMO (Prestación médica obligatoria).

Ausser der Erhöhung der Höchststrafen sei der strafbare Schaden bedeutend, eine Art Schadenersatzbusse. Sollte ein angeklagter Kaufmann nicht innerhalb von 5 Tagen zur Pflicht-Versöhnungsverhandlung erscheinen, würde die Strafzahlung bis zu \$ 5.000 betragen.

Das derzeitige Gesetz legt fest, dass wer Güter oder Dienstleistungen erwirbt, um sie Herstellungs- oder Verkaufsvorgängen einzugliedern, kein Endverbraucher ist. Nach dem neuen Gesetz wäre er nur dann keiner, wenn das Erworbene dem neuen Produkt direkt als Bestandteil eingegliedert wird.

**re des Landesinneren, gekauft.** Damit kommt ein weiterer Bereich in die Produktionspalette des Konzerns. Ausser der Sojabohnenverarbeitung und Speiseölerzeugung pflanzt und verarbeitet Vicentin Baumwolle, die in eigenen Spinnereien verarbeitet wird, und erzeugt Unkraut- und Insekten-Vertilgungsmittel. Der Kaufpreis wurde nicht genannt. Es wird angenommen, dass die Übernahme der Schulden, die Friar in den letzten Jahren angehäuft hat und nicht begleichen konnte, ausschlaggebend war.

\*\*\*

**Das US-Landwirtschaftssekretariat hat Argentinien eine Zucker-Einfuhrquote von 45.281 t zugestanden.** Sie wird nach der Bestimmung 512/97 des argentinischen Landwirtschaftssekretariates für das Ausfuhrjahr 1.10.04/30.9.05 verteilt. Der Preis für die US-Quote liegt weit über den Weltmarktpreisen.

\*\*\*

**Ab dem 2.8.04 werden die Pflichtreserven der Banken für Einlagen der Investmentfonds erhöht.** Die 45% der Mittel, die flüssig gehalten werden müssen, werden statt bisher 80% jetzt 100% Pflichtreserven erfordern. Ausserdem muss für ihre Sichteinlagen statt 18% jetzt 25% Pflichtreserven gehalten werden. Das macht die Fonds weniger rentabel, da ihnen die Banken, wegen der grösseren Einschränkungen geringere Zinsen zahlen werden. Die Erhöhung der Pflichtreserven gilt auch für Dollareinlagen, für die 35% rückgestellt werden müssen, doch hier wird

die Answirkung gering sein.

\*\*\*

**Die Kammer der Kfz-Händler erwartet in diesem Jahr den Verkauf von 1 Mio. Gebrauchtwagen, um etwa 96.000 mehr als im bisherigen Rekordjahr 1999.** Das ergebe sich aus der Hochrechnung der im 1. Halbjahr verkauften 438.342 Kfz, um 18% mehr als ein Jahr zuvor. Der erwartete Umsatz würde über \$ 10 Mrd. betragen.

\*\*\*

**Im Juli war der Absatz der Einzelhandelsgeschäfte um 1,5% geringer als im gleichen Vorjahresmonat, wie CAME, der Verband mittelständischer Unternehmen, ermittelt hat.** Es sei das erste Mal in diesem Jahr, dass weniger als in einem Vorjahresmonat abgesetzt wurde. Das würde die allgemein festgestellte Verlangsamung des Aufschwunges bestätigen. Am meisten waren Juwelierläden mit -18% betroffen.

\*\*\*

**Die argentinische Repsol YPF Filiale hat im 1. Halbjahr 04 \$ 2,4 Mrd. verdient, um 9,59% mehr als vor einem Jahr.** Die Investitionen betragen \$ 1,2 Mrd., um 15% mehr, die Ausfuhren US\$ 1,31 Mrd., um 8% mehr als im 1. Vorjahreshalbjahr.

\*\*\*

**CNH (Case New Holland) hat im 1. Halbjahr 04 403 Erntemaschinen gegen 194 im gleichen Vorjahreszeitraum, verkauft.** Auch wurden 543 Traktoren, gegen 131 im Vorjahr, geliefert.

\*\*\*

## Die Werft von Rio Santiago

In Venezuela hat Präsident Kirchner mit dem Staatsunternehmen Dianca schriftlich eine Zusammenarbeit vereinbart, in deren Rahmen der venezolanische Erdöltanker Luisa Cáceres im September in Argentinien repariert werden, und möglicherweise für die ebenfalls staatliche venezolanische Erdölgesellschaft Pcvsa, acht neue 30.000 t Erdöltankschiffe gebaut werden sollen. Ausserdem soll von Argentinien ein Preisangebot für eine Fähre zur Verbindung der Inseln Margarita und Coche gemacht werden.

Dennoch ist es um die für die Arbeiten in Frage kommende Rio Santiago Schiffswerft nicht gut bestellt und die Regierung der Provinz Buenos Aires hat beschlossen, dass sie interveniert werden muss. Die Werft hat jährliche Ausgaben von \$ 75 Mio. und Einnahmen von \$ 11 Mio. Der Fehlbetrag muss von der Provinz bereitgestellt werden. 90% der Ausgaben des Unternehmens, das für 2004 bereits tief in roten Zalen steckt, sind Löhne und Gehälter.

Die Werft sieht sehr heruntergekommen aus. In Jahrzehnten wurden in den Anlagen keine Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Der Grossteil der Maschinen stammt aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Überall liegt verrostetes Alteisenerie herum.

Für den dritten August wird eine Mission aus Venezuela erwartet, um die Verhandlungen weiter zu führen. Erst dann wird fest beschlossen, ob ein, acht oder gar kein Schiff gebaut wird. Die Werft beschäftigt 2.281 Arbeitnehmer. Neu aufzunehmende Mitarbeiter würden von tatsächlich erhaltenen Aufträgen abhängen.

In der Rio Santiago Werft wird derzeit der Getreidefrachter Malhoja für einen deutschen Reeder gebaut. Zwei weitere Getreidefrachter für den selben Abnehmer sind im Gespräch. Ausserdem befinden sich in der Werft mehrere Schiffe in Reparatur, darunter ein Fischkutter. Im September wird das Schulschiff der Kriegsmarine Fragata Libertad, das in der Rio Santiagowerft gebaut wurde, zur Reparatur erwartet. Verträge für sechs Patrouillenboote legen ebenfalls vor. Sollte es zu dem Venezuela-Geschäft kommen, könnte sich die Lage der Werft grundsätzlich in positivem Sinn ändern.

**Die von der Weltbank abhängige Multilaterale Körperschaft für Investitionsgratien (MIGA) hat auf eine Sondervorkerhung für Argentinien verzichtet.** Das Risiko für Auslandsüberweisungen und die Währungskontabilität würden keinen Reserve-Sonderfonds mehr erforderlich machen. 02 hatte dieser noch US\$ 44 Mio., 03 US\$ 32 Mio. betragen. MIGA versichert Auslandsinvestitionen in Argentinien für US\$ 193 Mio.

\*\*\*

**Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat die Pensionen für rd. 50.000 Begünstigte um \$ 60 auf \$ 170 im Monat erhöht.** Davon werden 4,5% für das IOMA Sozialwerk abgezogen, so dass \$ 162 ausgezahlt werden.

\*\*\*

**Das CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) erwartet in diesem Jahr ein Defizit von US\$ 3 Mrd. im Warenaustausch von Industrieerzeugnissen mit Brasilien.** Der Warenaustausch nichtlandwirtschaftlicher Industrieerzeugnisse war mit Brasilien meistens defizitär. Nur 02 wurde ein Überschuss von US\$ 321 erzielt. In den ersten 5 Monaten 04 beträgt das Defizit US\$ 1.41 Mrd.

\*\*\*

**Die argentinische Molkereigenossenschaft SanCor und die von Nestlé und der neuseeländischen Fonterra gebildeten DPA (Dairy Partners America) werden hier ihr Geschäft mit frischen Molkereierzeugnissen zusammenschliessen, um gemeinsam der Marktherrschaft der französischen Danone entgegenzutreten.** Die Yoghurts Yogs und Nestlé, die Streichkäse Mendicrim und Mendicotta, die saure Biopuritas Milch und die Nach-

speisen Sancorito, Shimy und Petit sollen gemeinsam vertrieben werden. Andere Produkte könnten dazu kommen. Die neue Unternehmensvereinigung wird SanCor CUL-DPAA heissen, und setzt derzeit \$ 95 Mio. im Jahr um. \$ 30 Mio. stammen von Nestlé (4,2% des Gesamtumsatzes) und \$ 65 Mio. von Sancor (5,4% ihres Umsatzes)

\*\*\*

**Im 1. Halbjahr 04 hat Aerolíneas Argentinas den Umsatz um 47,6% erhöht.** Er erreichte US\$ 389,7 Mio. Die Zahl der Fluggäste legte im Vorjahresvergleich um 25,6% auf 2,8 Mio. zu.

\*\*\*

**Die spanische Cirsa hat in Mendoza US\$ 3,5 Mio. in 240 Unterhaltungs-Geräte investiert und ihr Spielkasino erweitert.** Sie erwarte im ersten Jahr US\$ 4,5 Mio. Umsatz.

\*\*\*

**Die Lastenhefte für die Ausbaggerung der Häfen von Mar del Plata, Bahía Blanca und Quequén liegen bei der Regierung der Provinz Buenos Aires auf.** Sie kosten \$ 50.000.

\*\*\*

**Die vorläufige Auswahl für die Kontrolle und Umstrukturierung der Bank der Provinz Buenos Aires (Bapro) hat die Gruppe aus Booz Allen Hamilton, Start und KPMG bestimmt.** Die Mitbewerber konnten nicht alle Auflagen erfüllen. Das Angebot betrug \$ 3,25 Mio. Für die Kontrolle und Umstrukturierung der Banco de la Nación hat keiner der Bewerber alle Auflagen erfüllt, weshalb sie neu ausgeschrieben werden muss.

\*\*\*

**Zum ersten Mal in 3 Jahren, haben die Beträge der Hypothekenkre-**

## 1,17 Mio. Einheitssteuerzahler

Das Amt für Öffentliche Einnahmen gab die Zahl der Neueintragungen von Einheitssteuerzahlern (monotributistas) mit 1,17 Mio. bekannt. Damit wurden im Juli \$ 120 Mio. eingenommen.

Vor der verfügten Neueintragung zahlten nur 400.000, rd. 30% des Registers, regelmässig die Steuer, wodurch \$ 56 Mio. im Monat eingenommen wurden. Bei der alten Eintragung waren 82% der Steuerpflichtigen in den beiden niedrigsten Steuerkategorien (bis \$ 72.000 Jahreseinkommen) eingetragen, jetzt nur mehr 76%. Nach dem neuen System würden die Zahlungen wesentlich zunehmen, da ausser Strafen auch Vorteile wie Sozialversicherungen geboten werden.

Von den 220.000 Steuerpflichtigen der Kategorie „nicht eingetragene Verantwortliche“ (responsables no inscriptos) die ab dem 1.7.04 abgeschaft wurde, haben sich 180.000 als Einheitssteuerpflichtige und 11.000 als MwSt-Pflichtige eingetragen. Weitere 24.350 haben sich in der neu geschaffenen Steuerkategorie des fallweise Steuerpflichtigen (contribuyente eventual) eingetragen.

280.000 säumige Steuerpflichtige haben das Hilfsprogramm für Selbstständige und Einheitssteuerpflichtige der Steuerbehörde mit Verpflichtungen von \$ 1,2 Mrd. benutzt, von denen \$ 100 Mio. bereits bezahlt wurden.

**dite zugenommen.** Wie die ZB bekanntgab, waren sie um \$ 107 Mio. grösser. 03 nahm der Gesamtbetrag der gewährten Hypothekenkredite im Schnitt um \$ 181 Mio. im Monat ab. 04 betrug die durchschnittliche Abnahme in den ersten 7 Monaten \$ 40 Mio.

\*\*\*

**Amtlich wurde mitgeteilt, dass 50% der Winterferienbesucher von Buenos Aires Stadt Ausländer waren.** Die 542.310 Besucher, um 14% mehr als vor einem Jahr und eine Rekordzahl der letzten Jahre, haben hier \$ 860 Mio. ausgegeben. Landesweit wurden während der Winterferien 3,2 Mio. Besucher, um 21% mehr als im Vorjahr, gezählt.

\*\*\*

**Banco Nacion-Präsidentin Miceili betonte vor dem Landwirtschaftsverband Sociedad Rural Argentina, dass die Bank die Umschuldungen in Schwierigkeiten befindlicher Landwirte unterstütze und die Eintreibungen bei jenen verstärkt betreibe, deren Zahlungsfähigkeit weitgehend bewiesen sei.** Landwirte mit Schulden von weniger als \$ 200.000 erhalten eine Subvention, die die Zinssätze auf unter 10% auf 10 Jahre Frist verringere. Die Öffentliche Hand trage dafür in 10 Jahren \$ 750 Mio. bei.

\*\*\*

**Die Regierung hat der Forderung der Industrien nachgegeben, und die Referenzpreise für Einfuhren von Textilien, Spielwaren, Schuhwerk, Kautschuk usw. wieder eingeführt.** Der mittlerweile zurückgetretene Zolldirektor Sbatella hatte sie am vergangenen Dienstag abgeschafft. Das Amt für Öffentliche Einnahmen werde die Referenzpreise und die Garantieinterlegungen eingehend überprüfen.

\*\*\*

**Durch Dekret 962/04 (Amtsblatt vom 2.8.04) wurde das Schatzamt ermächtigt, dem Einheitsfonds, der durch Artikel 37 des Gesetzes 24.065 geschaffen wurde und vom Planungsministerium abhängt, \$ 300 Mio. zu übertragen, damit der Fonds das System der Preisstabilisierung des elektrischen Stromes auf dem Engrosmarkt stützen kann.** Es handelt sich um die Subventionen, die die Wär-

mekraftwerke erhalten, weil sie statt Gas Heizöl einsetzen müssen, das das Vielfache kostet. Bis 02 wurden zu diesem Zweck die Stromtarife in den Wintermonaten jeweils erhöht. Das ist seit 02 ausgeblieben. Die Regierung hat für diesen Zweck schon zwei Parteien von je \$ 200 Mio. eingesetzt, so dass jetzt insgesamt \$ 700 Mio. verwendet wurden, um den Strompreis niedrig zu halten.

\*\*\*

**Durch Verfügung („disposición“) 269/04 des Unterstaatssekretariats für kleine und mittlere Unternehmen (Amtsblatt vom 3.4.04) wurde die Banken aufgefordert, sich an der Ausschreibung für die Kreditsubventionen zu beteiligen, die am 17.8. für \$ 100 Mio. stattfindet.** Die Kredite müssen für die Anschaffung lokal erzeugter Kapitalgüter, ausgenommen Kfz, verwendet werden. Die Subventionen werden an die Banken vergeben, die die niedrigsten Zinsen fordern.

\*\*\*

**Planungsminister Julio De Vido gab anlässlich einer Zusammenkunft mit der Energiekommission des Senates bekannt, dass das Schema des bilateralen Handelsaustausches von Energie gegen Nahrungsmittel beibehalten werde.** Im Fall von Venezuela seien auf dieser Grundlage schon Exportgeschäfte argentinischer Unternehmen für US\$ 89 Mio. vereinbart worden. Jetzt soll ein Treuhandfonds gebildet werden, der mit Nahrungsmittel-Exporten nach Bolivien gespeist und mit den Zahlungen für das bolivianische Gas belastet werden soll.

\*\*\*

**Minister de Vido erklärte, das neu zu schaffende Energieunternehmen, das sich hauptsächlich mit der Erdölwirtschaft befassen soll, werde nicht wie einst YPF sein, sondern eine geringe Verwaltungsstruktur, mit nur 25 Angestellten, haben.** ENARSA werde keine Zuschüsse des Staates erhalten. Wenn jedoch der Staat Mittel aus Treuhandfonds in Projekten investiere, die ENARSA mitverwalte, werde der Staat automatisch zum Partner. 12% des Aktienpaketes des neuen Unternehmens werde den Provinzen gehören (jede mit 0,5% Beteiligung). Das

## Die öffentlichen Dienstleistungen im Juni

Das Statistikamt Indec hat ermittelt, dass die durchschnittliche Beanspruchung öffentlicher Dienstleistungen im Juni, im Vorjahresvergleich, um 18,1%, im Vormonatsvergleich um 0,9% und im Vergleich der beiden ersten Halbjahre um 18,7% zugenommen hat.

Wieder war die Mobiltelefonie der Wachstumsmotor. Die Zahl der in Dienst befindlicher Apparate hat gegenüber dem Vorjahresjuni um 37,9%, die Zahl der geführten Gespräche um 73,6% zugenommen. Der Vorjahresvergleich der ersten Halbjahre ergibt eine 30,8%ige Zunahme der Apparatezahl auf 9,33 Mio. und eine Zunahme der geführten Gespräche um 60,7%. Bei den Festtelefonen hat die Zahl der geführten Gespräche im Vorjahresvergleich um 8,4%, im Vergleich der ersten Halbjahre um 7,2% zugenommen. Die internationalen Gespräche legten gegenüber Juni 03 um 22,7%, im Halbjahresvergleich um 21,4% zu.

Die Stromlieferungen nahmen gegenüber dem Vorjahresjuni um 7%, im Halbjahresvergleich um 10,7% zu. Die Erdgasförderung nahm im Junivergleich um 0,4%, im Halbjahresvergleich um 9,3% zu. Der Trinkwasserverbrauch war im Junivergleich um 7,3%, im Halbjahresvergleich um 3,8% grösser.

Beim Passagierverkehr beförderten die Pendlerzüge im Monatsvergleich um 0,7% und im Halbjahresvergleich um 6,7% mehr Fahrgäste, die U-Bahnen um 8,8% bzw. 5,9% mehr. Die Stadt- und Vorstadtbusse beförderten gegenüber Mai um 7,1% und im Halbjahresvergleich um 11,1% mehr Fahrgäste.

Die Zahl der Fluggäste legte 13,5% zu, davon bei Binnenflügen 15,6% und bei internationalen Flügen 12,1%. Der Eisenbahn-Frachtverkehr ging im Vormonatsvergleich um 2,9% zurück, im Halbjahresvergleich legte er 4,4% zu. Luftfrachten legten im Vormonatsvergleich 5,1% und im Halbjahresvergleich 10,5% zu. An den Mautstellen der Nationalstrassen wurden gegenüber dem Vorjahresjuni um 8,1% und im Halbjahresvergleich um 12,1% mehr Kfz gezählt.

Unternehmen werde drei Syndici haben: einen für den Nationalstaat, einen für die Provinzen und einen für die Handelsbörse. Das Gesetz sieht ein Verbot der Privatisierung von ENARSA vor.

\*\*\*

**Der Oberste Gerichtshof traf am Dienstag zu einer sogenannten „Plenarsitzung“ zusammen und besprach informell die Frage der Behandlung der zu 1,40 in Pesos umgewandelten Dollardepositen.** Richter erster Instanz und die Berufungskammern haben fast einstimmig entschieden, dass diese Depositen zum freien Kurs ausgezahlt werden müssen. Das neue Mitglied des Obersten Gerichtshofes, Eugenio Zaffaroni, erklärte sich für die Beibehaltung des Kriteriums der Anerkennung der Dollardepositen als solche, also der Umwandlung zum freien Kurs. Sein Argument war, dass der Notzustand beendet sei. Die Richter Carlos Fayt und Adolfo Vazquez (gegen den ein Verfahren in der Deputiertenkammer läuft) vertreten ebenfalls diese These. Gegen diese These haben sich (informell) die Richter Augusto Belluscio, Juan Carlos Maqueda und Antonio Boggiano ausgesprochen. Die neue Richterin Elena Highton de Nolasco setzt sich für die These des „geteilten Opfers“ ein, also einen Kurs auf halber Strecke zwischen \$ 1,40 und etwa \$ 3. Ein Richter soll bemerkt haben, dass eine Anerkennung der Dollardepositen als solche auch für Dollarkredite gelten müsse, die eins zu eines pesifiziert worden sind. Im Obersten Gerichtshof wird auf den Amstanztritt von Carmen Argibay gewartet, die jetzt in dieser Frage eine entscheidende Stimme haben könnte.

\*\*\*

**Über Konten der argentinischen Regierung in der Banco de la Nación Filiale in Panama soll eine Pfändung verfügt worden sein.** Es sei die erste Massnahme gegen Aktiven, die die Regierung sich weigert, im Rahmen des „discovery process“ anzugeben. Auch Konten der Banco de la Provincia (Bapro) in Panama sollen blockiert worden sein. Bapro-Sprecher bestritten die Meldung, in der Banco de la Nación wurde sie nicht verneint. Argentinien's Rechtsvertreter haben bei der US-Justiz angegeben, dass Argentinien über keine pfändbaren Mittel verfüge. Obwohl die Beträge nicht gross sind, werden weitere Pfändungen gefürchtet.

\*\*\*

**Lockheed Martin Argentina konnte aufgrund von Aufträgen aus Chile, Bolivien, Kolumbien und vom argentinischen Staat für die Instandhaltung von Flugmaschinen und die Herstellung verschiedener Erzeugnisse 60 neue Arbeitsplätze schaffen.** Bisher beschäftigt Lockheed 889 Mitarbeiter. Die Aufträge seien über Zulieferteile für Enaer, Chile und Lockheed Martin Aircraft and Logistic Center, USA, ferner Teile für einen argentinischen Satelliten, Instandhaltungsarbeiten an C-130 Flugmaschinen der kolumbianischen Luftwaffe und Instandhaltungen von Flugzeug- und anderen Turbinen.

\*\*\*

**Mitte Dezember will die Regierung die Hochspannungsleitung zwischen Puerto Madryn und Pico Truncado ausschreiben, mit der Patagonien an das nationale Verbundnetz angeschlossen wird.** Die Investition werde \$ 340-360 Mio. betragen. Energiesekretär Cameron erklärte, die 500 kV-Leitung werde die Energieko-

\*\*\*

sten in ihrem Einflussgebiet um 15% bis 18% verringern. Wie bei der Leitung zwischen Choel Choel und Puerto Madryn, würden im September mögliche Privatinteressenten einberufen werden, die sich an dem Vorhaben beteiligen möchten. So beteilige sich die Aluar Aluminiumfabrik in Puerto Madryn mit 31% an der Investition.

\*\*\*

**Ein Regierungsdekret verordnet, dass jeder Binnenschiffsverkehr unter argentinischer Flagge zu erfolgen hat, wie Planungsminister De Vido bekanntgab.** Damit würde das Schiffspersonal unter den Schutz der argentinischen Gesetze kommen. Es sei Teil der Neuordnung der Handelsschifffahrt. Das Dekret schaffe die Dekrete 1772 von 1991 und die Ergänzungsdekrete 2094 und 2733 ab. Reedern, die unter einer anderen Flagge arbeiten, werden 2 Jahre Frist eingeräumt, um zur argentinischen zurückzukehren.

\*\*\*

**Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat verfügt, dass alle Fischereiprodukte, die in Häfen der Provinz entladen werden, innerhalb der Provinz verarbeitet werden müssen, bevor sie diese verlassen.** Damit sollen Arbeitsplätze in Häfen wie Mar del Plata geschützt, und verhindert werden, dass ein Teil des Fanges in Patagonien weiterverarbeitet wird.

\*\*\*

**Das Tiergesundheitsamt Senasa hat im 1. Halbjahr 04 die Ausfuhr von 186.398 t frischer und verarbeiteter Salz- und Süßwasserfische für US\$ 253,83 Mio. kontrolliert.** Das waren mengenmässig um 18% und wertmässig um 21% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Hauptabnehmer war Spanien mit 29.478 t für US\$ 50,91 Mio., vor Brasilien mit 22.166 t für US\$ 30,67 Mio.

\*\*\*

**Die Bundesbehörde für Fischfang (CFP) hat für den Seehechtfang die Höchstgrenze von 2.550 t festgelegt.** Im Vorjahr waren es 4.800 t gewesen. Dem Bericht des Inidpe zufolge, sei der Meeresreichtum stark gefährdet.

\*\*\*

**Im Juli wurden 21.203 Kfz hergestellt, um 5,6% weniger als im Juni.** Die Lieferungen an die Konzessionäre nahmen im selben Vergleich um 2,2% auf 27.097 ab, wie der Herstellerverband Adefa bekanntgab. Im Vergleich mit dem Krisenjahr 03 hat die Julifertigung um 74,7% zugenommen, der Binnenabsatz um 89%. In den ersten 7 Monaten wurden 134.107 Pkw hergestellt, um 52,6% mehr als vor einem Jahr, der Absatz stieg um 156% auf 175.129. 32% der verkauften Fahrzeuge wurden in Argentinien hergestellt. Die Ausfuhren nahmen gegenüber dem Vormonat um 51,9%, gegenüber dem Vorjahresmonat um 50,7% zu. Ford und Chevrolet lieferten mehr als die Hälfte der 13.011 exportierten Kfz. In den ersten 7 Monaten 04 war der meistverkaufte Pkw der VW Gol mit 26.183 Einheiten, vor dem Chevrolet Corsa 10.767 und Peugeot 206 9.385. Bei den Marken führt VW mit 19,1% Marktanteil, vor Ford 18,9% und

Chevrolet 18,5%.

\*\*\*

**Im Juli wurden 27.973 Kfz neu angemeldet, um 104,9% mehr als vor einem Jahr, wie der Konzessionärverband Acara veröffentlicht hat.** Gegenüber dem Vormonat betrug die Zunahme 13,8%. In den ersten 7 Monaten betrug die Neuanmeldungen 172.912, um 138,5% mehr als im Vorjahr. Im Vergleichszeitraum 1998 wurden 473.754 Neuanmeldungen eingetragen.

\*\*\*

**Frost hat am 12. und 14. Juli in den Provinzen Salta und Jujuy 65% der Anpflanzungen mit weissen Bohnen zerstört, wie das staatliche Landwirtschaftsinstitut Inta bekanntgab.**

\*\*\*

**In den ersten 6 Monaten 04 hat Wein im Vorjahresvergleich 10% Marktanteil eingebüsst, weshalb die Endverbraucherpreise jetzt zurückgegangen sind.** Die aggressive Werbung der Bierbrauereien wird dafür verantwortlich gemacht. Ein Liter Tafelwein, der vor 3 Wochen \$ 2,20 bis \$ 2,50 kostete, wird heute um \$ 2 angeboten. Bier kostet \$ 1,70.

\*\*\*

**IWF-Präsident Rato hat bestätigt, dass die 3. Prüfung des Abkommens mit Argentinien nicht vor Ende der Sommerurlaube im Norden erfolgen wird.** Auch die Überweisung der US\$ 728 Mio., die am 15.6.04 erfolgen sollte, würde nicht durchgeführt werden. Damit würde die 3. Überprüfung zeitlich mit der 4., im September, zusammenfallen, bei der die Erneuerung des Abkommens und die Fiskalüberschüsse 2005 und 2006 zur Sprache kommen werden. Rato erklärte, Argentinien habe die für die 3. Überprüfung eingegangenen Verpflichtungen über die Schuldenstrukturierung, die Bankenreformen und die Tarifanpassungen für die privatisierten Dienstleister noch nicht erfüllt.

\*\*\*

**Zwischen Januar 02 und Juni 04 hat der IWF von Argentinien um US\$ 3,2 Mrd. mehr erhalten, als er ihm geliehen hat: US\$ 1,7 Mrd. Zinsen und US\$ 1,5 Mrd. fällige Kapitalamortisationen.** Davon wurden in den ersten 6 Monaten 04 rd. US\$ 250 Mio. für Zinsen und US\$ 500 für Kapitalfälligkeiten überwiesen. Durch die Zahlung der US\$ 1,5 Mrd. hätte sich Argentinien's Schuld an den IWF um knapp 10% verringern müssen. Im Dezember 01 hatte sie US\$ 14.457 betragen. Dennoch ist sie auf US\$ 14.709 angestiegen. Das sei nicht durch Neuverschuldungen Argentinien's entstanden, sondern durch die geänderte Bewertung der Sonderziehungsrechte, der Währung in der der IWF arbeitet.

\*\*\*

**Im 1. Halbjahr 04 haben die Fruchtsaftausfuhren im Vorjahresvergleich mengenmässig um 74% und wertmässig um 121% zugenommen.** Wie das Senasa bekanntgab, wurden dafür US\$ 5,6 Mio. eingenommen. Hauptausfuhrprodukt war Zitronensaft für US\$ 3,5 Mio., um 245% mehr als vor einem Jahr. Hauptabnehmer waren

Frankreich für US\$ 810.000, Spanien für US\$ 546.000 und Israel für US\$ 277.000.

\*\*\*

**Das Patentamt INPI (Instituto Nacional de Propiedad Industrial) hat rd. 30.000 Patentansuchen in Arbeit.** In den letzten 19 Monaten konnte dieser Rückstand um 1.306 verringert werden. Wirtschaftsminister Lavagna erklärte dazu, im Vorjahr getroffene Massnahmen hätten bewirkt, dass heute mehr Gesuche beantwortet als eingebracht werden. In den ersten 7 Monaten 04 seien 2.715 Patentgesuche eingebracht und 3.323 abgefertigt worden.

\*\*\*

**Das Amt für Landwirtschaftskontrolle ONCCA (Oficina Nacional de Control Comercial Agropecuario) hat im Juli 7 Schlachthöfe geschlossen.** Sie hatten weder die notwendigen sanitären, noch die amtlichen Bewilligungen.

\*\*\*

**Die provinzeigenen Steuereinnahmen lagen in 7 Monaten 04 mit \$ 10,3 Mrd. um 29% über der gleichen Vorjahresperiode.** 66% entfällt auf die Bruttoumsatzsteuer, 13% auf die Immobilienssteuer und der Rest auf verschiedene Steuern. 77% der Gesamteinnahmen der Provinzen entfallen auf Buenos Aires, auf die Stadt Buenos Aires, Córdoba und Santa Fé, und 23% auf 20 weitere Provinzen. Die Daten stammen von der Consultingfirma „Economía y Regiones“, geleitet von Rogelio Frigerio, Vizeminister unter Roque Fernández.

\*\*\*

**Der Fischfang im argentinischen Meer war dieses Jahr sehr gering, sowohl von Hummern („langostas“) und Garnelen („camarones“), wie beim Tintenfisch („calamares“) und dem Seehecht („merluza“).** Das führte zu Entlassungen und Konflikten bei mit der Fischerei verbundenen Unternehmen.

\*\*\*

**Wirtschaftsminister R. Lavagna erklärte gestern eine Gruppe junger Wirtschaftler, dass es nicht traumatisch sein werde, wenn es nicht zu einem Abkommen mit dem IWF komme, sofern die Bevölkerung das Vertrauen in die Regierung beibehalte.** Ausserdem sagte er, das Angebot über die defaultierte Staatschuld werde nicht geändert, und er sei nicht bereit, einen höheren primären Überschuss anzunehmen.

\*\*\*

**Die Regierung hat am Donnerstag eine Denkschrift bekanntgegeben, in der sie scharfe Kritik am IWF übt.** Als Anfang 02 die Abwertung erfolgte, habe der Fonds sich bei der Diagnose geirrt, was zu schweren Fehlern bei der Prognose und zu unangebrachten Empfehlungen geführt habe. Es sei ausserdem zu beanstanden, dass der IWF strukturelle Bedingungen stelle, die sich u.a. auf Entscheidungen des Parlamentes, der Provinzen oder der Gerichte beziehen, die über die Zuständigkeiten der Regierung in einem re-

publikanischen System gingen. Die Fachleute des Fonds seien für eine schwere Krise nicht vorbereitet, weshalb es notwendig erscheine, den nationalen Behörden mehr Spielraum zu gewähren, um die notwendigen wirtschaftspolitischen Massnahmen durchzuführen. Die Denkschrift kritisiert auch die Unterstützung, die der Fonds privaten Gläubigern gewährt. Die Analyse wurde von der Nationaldirektion für makroökonomische Wirtschaftspolitik ausgearbeitet, die vom Vizeminister Oscar Tangelson abhängt.

\*\*\*

**Martín Blaquier, CEO von Camuzzi, erklärte, das Unternehmen werde dieses Jahr \$ 94 Mio. investieren, von denen \$ 13,8 Mio. für das Tochterunternehmen EDEA bestimmt sei, das in Mar del Plata u.a. Orten Strom verteilt.** Camuzzi habe in Argentinien seit 1997 \$ 382 Mio. investiert und in dieser Periode nur 19% auf das Kapital ins Ausland überwiesen. 03 hat die Gruppe in Argentinien \$ 784 Mio. umgesetzt.

\*\*\*

**Mickey Peters, CEO für Südamerika der USA-Firma Duke Energy, erklärte, die Firma habe keine neuen Investitionen in Argentinien, Brasilien und Bolivien vorgesehen, weil in diesen Ländern wirtschaftliche und regulatorische Probleme bestünden.** Duke ist in Argentinien an Hidroeléctrica Cerros Colorados beteiligt, die ein Wärmekraftwerk im Rio Negro Tal und das Wasserkraftwerk Planicie Banderita betreibt.

\*\*\*

**Die Firma Metalfor, mit Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen in Marcos Juárez, und Noethinger, Provinz Córdoba, beabsichtigt eine 2. Fabrik in Brasilien zu errichten, dieses Mal in Rondonópolis, Staat Mato Grosso.** Die andere Fabrik befindet sich in Ponta Grossa. Die Investition in der neuen Fabrik soll \$R 6 Mio. betragen.

\*\*\*

**Uriel Sharif, verantwortlicher Siemens-Direktor für die Geschäfte am amerikanischen Kontinent, in Israel geboren, traf mit Planungsminister De Vido zusammen, der das Interesse der Regierung bestätigte, das Kernkraftwerk Atucha II fertig zu stellen, dessen Errichtung seit 1986 still steht.** Siemens hatte ursprünglich den Bau des Werkes durchgeführt und eine Beteiligung am Unternehmen behalten, dann jedoch diese an die französische Framatone verkauft und nur eine Minderheitsbeteiligung beibehalten, nachdem Siemens aus dem Kernkraftbereich ausgestiegen ist.

\*\*\*

**Argentinien's Schuhfabrikanten beschwerten sich, dass die Einfuhren brasilianischen Schuhwerks im 1. Halbjahr 04 im Vorjahresvergleich um 78% auf 4,8 Mio. Paar zugenommen haben.** Ihre Kammer erklärte, bei Anhalten der Tendenz würden die von beiden Regierungen vereinbarten 12-13 Mio. Paar für ganz 04, auf 18-20 Mio. ansteigen.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Eine progressive Exportsteuer auf Erdöl

Durch Beschluss 532/04 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 5.8.04) wurde eine progressive Zusatzexportsteuer für Rohöl eingeführt, wenn der Preis, bezogen auf die WTI-Notierung („West Texas Intermediate“), US\$ 32 pro Fass übersteigt. Die zusätzliche Steuerquote, bezogen auf den gesamten Preis, nimmt folgendermaßen zu:

Preisstufe Gesamt- steuer (US\$ pro Barrel)	Zusätzliche Steuer (in Prozenten)
32,01 bis 34,99	3
35 bis 36,99	6
37 bis 38,99	9
39 bis 40,99	12
41 bis 42,99	15
43 bis 44,99	18
45 und mehr	20

Diese Tabelle täuscht; denn die Zusatzsteuer pro Stufe beträgt insgesamt 60% für die erste Stufe (US\$ 31,01 bis US\$ 34,99) und endet mit 94,23% bei einem Preis von US\$ 45, wobei die Zusatzsteuer merkwürdigerweise von da an abnimmt. Die Art der Festsetzung der Progressionskala ist eben falsch; man hätte es wie bei der Einkommenssteuer für natürliche Personen machen müssen.

Diese neue Steuer bringt zwar dem Fiskus mehr Einnahmen, ist aber im Wesen aus einem ganz anderen Grund eingeführt worden, nämlich, um den internen Preis vom internationalen zu trennen. Wenn der Weltmarktpreis über US\$ 32 steigt, nimmt der Nettopreis des argentinischen Erdöllieferanten weniger zu, bei US\$ 45 sogar kaum.

Der interne Rohölpreis wird durch den internationalen, minus Fracht, minus die Exportsteuer bestimmt. Als die Erdölhaube langsam einsetzte und der internationale Preis die Höchstgrenze der von der OPEC festgesetzten Bandbreite, von US\$ 22 bis US\$ 28 überstieg, wurde davon ausgegangen, dass dies ein vorübergehendes Phänomen sei. Somit vereinbarte die Regierung mit den Firmen der Branche, dass sie für die Erdölprodukte (Benzin, Dieseltreibstoff, Heizöl, Kerosin und Öl) die Preise auf der Grundlage von US\$ 28 für das Rohöl beibehalten. Dieses Abkommen ist im April abgelaufen, und inzwischen ist der Weltmarktpreis für Rohöl weiter gestiegen. Die Unternehmen ha-

ben daraufhin Preiserhöhungen eingeleitet. Die Regierung hat im März die Exportsteuer von 20% auf 25% erhöht. Der Weltmarktpreis stieg weiter, so dass schließlich zu dieser Zusatzsteuer gegriffen wurde, um den Binnenpreis für Endprodukte im Griff zu behalten. Ohne dies wäre er voraussichtlich um über 30% gestiegen, was schwer zu verdauen ist.

Bei den Erdölunternehmen ist diese neue Steuer, wie zu erwarten, sehr schlecht angekommen. Sie weisen an erster Stelle auf die Rechtsunsicherheit hin, die durch die willkürliche Änderung der Rahmenbedingungen entsteht. Sie haben recht. Logischerweise hätte dieses System in einem Gesetz verankert werden müssen, das vor der Hausse erlassen worden wäre. Dabei hätte auch bestimmt werden sollen, dass bei einem niedrigen Preis, also bis zu US\$ 20 pro Barrel, die Exportsteuer ganz entfällt. Dann hätte das System eine gewisse Symmetrie gehabt. Faktisch führt diese neue Besteuerung dazu, dass es für die Unternehmen

### Einigung in Genf: Abschaffung der Exportsubventionen und besserer Marktzugang

Die sogenannte „Entwicklungsrunde“ der Welthandelsorganisation, die im November 2001 in Doha (Emirat Katar) eingeleitet wurde, drohte zu versanden, nachdem letztes Jahr die Konferenz in Cancún (Mexiko) mit Krach auseinanderbrach, weil die Staaten, für die Landwirtschaft wesentlich ist, nicht mehr bereit waren, den aggressiven Agrarprotektionismus der Industriestaaten zu dulden. In diesem Sinn ist es wichtig, dass die „Friedensklausel“ des Abkommens von Marrakesch, mit dem die 1986 eingeleitete Uruguay-Runde beendet und das GATT in WHO umgewandelt wurde, Ende 2003 verfallen ist. Diese Klausel besagt, dass bei Streitfragen über Agrarpolitik keine Bildung eines Schiedsgerichtes („Panel“) gefordert werden kann, was im Klartext bedeutet, dass die Verletzungen der WHO-Regeln auf diesem Gebiet keine Strafe haben und in diesen Fällen somit auch keine Retorsionsmaßnahmen von Seiten der geschädigten Staaten getroffen werden dürfen. Das bezieht sich auf Extrazölle für Produkte, die aus den Staaten stammen, die die WHO-Regeln

jetzt viel interessanter ist, in anderen Ländern, die den Export nicht besteuern, nach Erdöl zu suchen und es zu fördern.

Die Erdölproduktion geht in Argentinien seit sechs Jahren zurück. Die Leistung der bestehenden Bohrungen nimmt kontinuierlich ab, und es werden wenig neue Bohrungen durchgeführt. Die Gebiete, in denen es „billiges“ Erdöl gibt, befinden sich schon in Ausbeutung; und die Forschung in neuen Gebieten ist sehr teuer, sei es, weil es sich um Meeresforschung handelt, oder weil es um Bohrungen von 4.000 m und mehr Tiefe geht, wobei viele Versuchsbohrungen kein positives Ergebnis bringen. Bei der Begrenzung des Nettopreises, die jetzt eingeführt wird, und derzeit verschärft werden kann, ist die Forschung kaum interessant.

Um einen Anreiz zu schaffen, sollten die Investitionen für Forschung von der Gewinnsteuer abzugsfähig sein. Das sollte nur diese, aber nicht Investitionen zwecks Förderung, Verarbeitung und Verteilung betreffen. Wie weit das wirksam ist, sei dahingestellt; aber es sollte zumindest versucht werden.

verletzt haben und in diesem Sinn verurteilt worden sind.

Man konnte sich somit jetzt auf eine Flut von Klagen gefasst machen, wobei der ganze Welthandelsordnung, die in der Nachkriegszeit mühsam aufgebaut worden ist, ein dramatischer Zusammenbruch drohte. Ohnehin ging die Tendenz in letzter Zeit schon in Richtung der Bildung von Wirtschaftsblocks (EU, Nafta, Mercosur) und Freihandelsabkommen, deren Zahl sich in den letzten Jahren verzehnfacht hat. Die Welt steuerte somit auf ein äußerst kompliziertes Handelsschema hin, das gewiss dem Welthandel Schaden zugefügt hätte. Für Argentinien ist dieses Schema eine Katastrophe, da die USA und die EU bei Freihandelsabkommen mehr bieten können und somit eine Präferenz gegenüber Argentinien bei landwirtschaftlichen Produkten erhalten können. In diesem Sinn geniessen die USA schon eine Vorzugsbehandlung bei Rindfleischexporten nach Japan.

In Genf trafen Ende der Vorwoche die 147 WHO-Mitglieder zusammen, um die Organisation zu retten. In letzter Minute, in der

Nacht zum Sonntag, ist dies gelungen. Die Vereinigten Staaten, die Europäische Union, Brasilien und Indien in Vertretung der Gruppe der 20, und Australien in Vertretung der Cairns-Gruppe haben einem Absichtsabkommen zugestimmt, über dessen Einzelheiten noch verhandelt werden soll, um zu einem endgültigen Text für den Abschluss der Doha-Runde zu gelangen. Beiläufig wurde der Abschlussstermin, der für den 1. Januar 2005 vorgesehen war, um ein Jahr verschoben.

Konkret wurde folgendes vereinbart:

- Die Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte sollen schrittweise abgebaut werden, wobei das Datum des totalen Verschwindens noch festgelegt werden muss. Die EU hat vor einigen Monaten schon überraschenderweise einen Vorschlag in dieser Hinsicht unterbreitet, der die USA zu einer Stellungnahme zwang. Wie weit interne Subventionen für die Landwirtschaft auch als Exportsubventionen eingestuft werden, und wie weit auch besonders hohe Zollsätze und Kontingentierungen abgeschafft werden, wurde nicht festgelegt, wobei der Konsens nur erreicht wurde, weil in diesen Teilen des Agrardossiers die nicht überbrückbaren Meinungsdifferenzen in zum Teil recht schwammige Formulierungen in das Arbeitsprogramm der Doha-Runde eingebaut wurden.

- Die Liberalisierung des Handels mit industriellen Gütern, sowie im Dienstleistungsbereich soll nach einem gewissen Fahrplan vorangetrieben werden.

- Dem Knackpunkt „Baumwolle“, bei dem vier besonders rückständige zentralafrikanische Länder gegen die Subventionspolitik der USA angehen (die Subventionen machen zwischen US\$ 3 und US\$ 4 Mrd. im Jahr aus, etwa so viel wie der Marktwert der erzeugten Baumwolle) soll im Rahmen der Agrarverhandlungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

- In anderen Aspekten der Doha-Runde wird die gemeinsame Absicht bekundet, Fortschritte anzustreben. Es handelt sich um Handelsregeln, Streitschlichtung, handelsrelevante Umweltpolitik und handelsbezogene Aspekte des Rechtes auf geistiges Eigentum.

- Von den vier sogenannten „Singapur-Themen“, nämlich Wettbewerbspolitik, Investitionspolitik, Beschaffungswesen der öffentlichen Hand und Handelsleichterungen, soll dieses Mal nur

das letztgenannte weiter verfolgt werden. In diesem Sinn wird eine neue Verhandlungsgruppe geschaffen, die sich mit der Vereinfachung der Zollverfahren befassen wird.

● Für Industriegüter sollen die Höchstzölle verringert werden. Das betrifft im Fall Argentiniens den Satz von 35%, der bei Kfz u.a. Gütern gilt. Es wurde nicht bekannt, wie weit eine Verpflichtung übernommen wurde, die Zollsatzdifferenzen zwischen Rohstoffen und aus ihnen erzeugten Produkten (Häute und Leder, Ölsaaten und Öl, Weizen und Mehl u.a.) zu verringern. Dieses Thema ist für Argentinien besonders wichtig.

Laut einer Weltbankstudie würde eine weitgehende Liberalisierung und Abschaffung von Subventionen in den kommenden zehn Jahren einen weltweiten Wohlstandsgewinn von US\$ 520 Mrd. jährlich schaffen (zu Preisen von 1997), von dem über die Hälfte den Schwellenländern zufließe. Bei den OECD-Staaten geht es hier auch um eine spürbare Senkung der Subventionen für die Landwirtschaft, die US\$ 350 Mrd. jährlich übersteigen. Das kommt besonders den Staaten zu Gute, die hohe Haushaltsdefizite aufweisen, wie die USA, Deutschland, Frankreich, Italien und Grossbritannien. Allgemein stehen diese Staaten vor der Wahl, entweder diese Agrarsubventionen abzubauen oder die sozialen Subventionen zu kürzen. Letzteres betrifft einen viel grösseren Teil der Bevölkerung und ist schmerzlicher. In der EU altert die landwirtschaftliche Bevölkerung zunehmend, da die Jugend städtische Beschäftigungen vorzieht. Somit ist der Fall weniger konfliktiv. Ausserdem muss aus Gründen der Erhaltung der Umwelt der Überdüngung und dem übertriebenen Einsatz von Chemikalien zur Unkraut- und Insektenvertilgung Einhalt geboten werden.

In diesem Sinn ist die neue Landwirtschaftspolitik der EU, die jetzt auch auf Zucker, Baumwolle und Oliven ausgedehnt werden soll, ein grosser Fortschritt. Denn über die Hälfte der Subventionssumme soll jetzt nicht mehr produktbezogen sein, sondern den Landwirten als soziale Hilfe und Belohnung für ökologisches Verhalten vergeben werden. Das führt unweigerlich dazu, dass weniger produziert wird, was auf dem

Markt, zunächst ausserhalb der EU und dann wohl auch intern, Raum für Lieferungen aus Argentinien und anderen Schwellenländern schafft, für die die Landwirtschaft entscheidend ist.

Indessen sind nicht alle Mitglieder der WHO über dieses Grundsatzabkommen erfreut. Auf Initiative der Schweiz wurde eine Gruppe der 10 gebildet, die sich für die Beibehaltung des Agrarprotektionismus einsetzt. Der Gruppe gehören die Schweiz, Japan, Taiwan, Südkorea, Israel, Mauritius, Bulgarien, Norwegen, Island und Liechtenstein an. Die Entscheidungen in der WHO müssen gemäss Statuten einstimmig getroffen werden, was rechtsonderbar ist, da dann ein einziges Mitglied den Abschluss eines Abkommens verhindern kann. Indessen wurde dies schon in einigen Fällen so gelöst, dass diejenigen, die das Abkommen nicht unterzeichnen, nicht gebunden sind, aber auch nicht die Vorteile punkto Verringerung der Zollsätze geniessen. Das würde dann bedeuten, dass manche dieser Länder bei vielen Exportprodukten nicht mehr konkurrieren könnten. Im Grunde stellt sich für die Industriestaaten allgemein die Wahl, entweder ihre effiziente Industrie zu

stützen, oder ihre ineffiziente Landwirtschaft. Beides wird in Zukunft voraussichtlich immer schwieriger.

Der Handelskommissar der EU, Pascal Lamy, bezeichnete die Übereinkunft als „historisch“ und begrüßte beiläufig das Wiedererleben der WHO. Der US-Handelsdelegierte, Robert Zoellick, erklärte, die WHO befinde sich jetzt in Bewegung und man müsse nur noch die Geschwindigkeit festsetzen. Dennoch wies er darauf hin, dass sich die USA wegen der Wahlperiode praktisch bis 2005 aus den Verhandlungen zurückziehen werden. Dennoch werden sie unterschwellig weitermachen. Das Abkommen von Genf darf nicht als Abschluss verstanden werden, sondern als Ausgangspunkt für Verhandlungen, denen jetzt engere Grenzen gesetzt worden sind, so dass man rechnen kann, dass es zu bedeutenden Fortschritten in der Landwirtschaftsfrage kommt, was u.a. für Argentinien besonders vorteilhaft ist. Denn Argentinien ist das durch Handelsrestriktionen für Agrargüter am meisten geschädigte Land der ganzen Welt, da es das einzige Land ist, das praktisch die ganze Palette der Produkte erzeugt, um die es hier geht.

## Die Steuereinnahmen verbleiben hoch

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren lagen im Juli mit \$ 8,70 Mrd. um 33,8% über dem gleichen Vorjahresmonat, jedoch um 8,1% unter Juni. In 7 Monaten des Jahres lagen die Fiskaleinnahmen um 41,9% über dem Vorjahr, was auf den betonten konjunkturellen Aufschwung, bei stark gestiegener Liquidität, zurückzuführen ist.

Der Erlös der MwSt. lag mit \$ 2,82 Mrd. um 53,9% über dem Vorjahr, aber um 2,8% unter dem Vormonat. Die Zunahme ist vornehmlich auf den Importsprung zurückzuführen, da die vom Zollamt einbehaltene MwSt. mit \$ 1,19 Mrd. um 65,2% über dem Vorjahr lag, aber um 3,2% unter dem Vormonat, während die direkt vom Steueramt kassierte Steuer mit \$ 1,72 Mrd. um 17,6% über dem Vorjahr und 2,8% unter dem Vormonat lag. Da der vom Zollamt einbehaltene Betrag in den letzten Monaten stark gestiegen ist, und dies dann von der end-

gültigen Abrechnung beim Steueramt abgezogen wird, ist es begreiflich, dass die Zunahme beim Steueramt geringer ausfällt. Der Betrag der Rückgabe der MwSt. an Exporteure lag im Juli mit \$ 88,3 Mio. um 74,8% unter dem Vorjahr und um 7,1% unter dem Vormonat, was den gesamten Nettosaldo dieser Steuer leicht aufgebläht hat. Bei aufstrebender Konjunktur steigt der Konsum von Gütern, die keine oder auf alle Fälle eine geringere Hinterziehung zulassen (besonders Kfz) viel stärker als das BIP, was die Entwicklung der Einnahmen dieser Steuer erklärt.

Der Erlös der Gewinnsteuer lag mit \$ 1,55 Mrd. um 37,2% über Juli 2003 und um 45,1% unter Juni 2004. Letzteres ist darauf zurückzuführen, dass im Juni Vorschüsse gezahlt wurden, was im Juli nicht der Fall war, wobei auch die Endabrechnung der Gewinnsteuer für Gesellschaften im Juni hohe Einnahmen mit sich brachte. Abgesehen davon, steigen bei

guter Konjunktur die Gewinne allgemein überproportional zum BIP. Die hohen Exportpreise, ganz besonders von Erdöl, wirken sich bei dieser Steuer stark aus.

Bei den Steuern auf den Aussenhandel liegt der Erlös der Exportsteuern mit \$ 990,1 Mio. um 10,7% über dem Vorjahr und um 15,4% über dem Vormonat. Das ist eine direkte Folge der höheren Exportpreise. Der Erlös der Importzölle lag mit \$ 283,5 Mio. um 45,1% über dem Vorjahr und um 0,5% über dem Vormonat. Die Steuern auf den Aussenhandel tragen mit 14,5% zu den gesamten Steuereinnahmen bei.

Die Einnahmen des Systems der sozialen Sicherheit lagen mit \$ 1,41 Mrd. um 25,5% über dem Vorjahr und um 49,7% über dem Vormonat. Letzteres ist auf den zusätzlichen halben Jahreslohn und -gehalt zurückzuführen. Die Unternehmensbeiträge lagen mit \$ 1,12 Mrd. um 35,4% über dem Vorjahr und die persönlichen Beiträge mit \$ 692,5 Mio. um 35,4% höher, wobei von diesen Beiträgen \$ 410,6 Mio. auf das private System (AFJP) entfallen. Der interanuelle Sprung deutet auf höhere eingetragene Beschäftigung und höhere Löhne und Gehälter hin. Die Hinterziehung dürfte sich jedoch kaum geändert haben, umso mehr als von den neuen Beschäftigten über zwei Drittel schwarz arbeiten.

Die Einnahmen aus der Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen lagen mit \$ 673 Mio. um 29,9% über dem Vorjahr und um 3,2% über dem Vormonat. Dies spiegelt die Zunahme der entsprechenden Bankdepositen wider. 0,2 Punkte von 1,2% dieser Steuer können jetzt mit der Gewinnsteuer verrechnet werden. Die beiden als „verzerrend“ eingestuft Steuern, nämlich diese und die Exportsteuern, tragen mit 19% zu den gesamten Steuereinnahmen bei. Ohne diese ist das Ergebnis bei wertberichtigten Zahlen nicht viel anders als in den Jahren vor 2002. Einen Fortschritt bei der Erfassung der Hinterziehung hat es offensichtlich nicht gegeben und dürfte es kaum geben, solange die AFIP sich auf die grossen Steuerzahler konzentriert und den Rest in Ruhe lässt, und private Mitwirkung bei bestimmten Kontrolle u.a. Tätigkeiten prinzipiell ablehnt.